

Lernmittelfreiheit erhalten!

Als ich in den 50er und 60er Jahren zur Schule ging, gab es in Baden-Württemberg noch keine Lernmittelfreiheit. Deshalb habe ich mir meine Schulbücher in der Regel auf dem „Gebrauchtbuchmarkt“ zu günstigen Preisen besorgt bzw. besorgen müssen, weil es bei uns zu Hause finanziell ziemlich eng herging. Bei größeren Anschaffungen, wie beispielsweise den Atlas für 20 Mark, musste ich dann schon einmal den Gang zum Schulleiter antreten, um ein Exemplar kostenlos von der Schule überlassen zu bekommen – als sozialer Härtefall sozusagen.

Ich habe den Eindruck, dass all die Politikerinnen und Politiker, die heute leichtfertig die Abschaffung der Lernmittelfreiheit fordern, persönlich nie die Erfahrung gemacht haben, was es bedeutet, aus finanziellen Gründen ausgegrenzt zu werden. Dies mag bei alltäglichen Freizeitaktivitäten vielleicht noch verkraftbar sein, beim Zugang zu Bildungseinrichtungen jedoch ist es nicht akzeptabel.

Das alarmierendste Ergebnis der PISA-Studie war doch, dass in Deutschland wie in keinem anderen Land der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft der Kinder bestimmt wird. Deshalb ist es ein politisches Armutszeugnis erster Klasse, wenn Kultusministerin Schavan bei der Diskussion des Grundsatzprogramms ihrer Partei die Abschaffung der Lernmittelfreiheit fordert und damit in die 50er Jahre zurückfällt.

Was in anderen Staaten selbstverständlich ist, nämlich der kostenlose Besuch von Kindertageseinrichtungen, Schulen einschl. Ganztagesbetrieb und Mittagessen, soll sich dieses reiche Land Bundesrepublik Deutschland nicht leisten können?

In Deutschland geben Länder und Kommunen derzeit rund 250 Mio. Euro pro Jahr für Lernmittel aus. Das sind pro Schüler bzw. Schülerin nur 20 Euro. Statistiker gehen davon aus, dass Eltern dennoch für ihr Kind bis zum Abitur rund 10.000 Euro für Klassenfahrten, Fahrkarten, Bücher und anderes Schulmaterial zahlen müssen.

Wenn der Vorschlag von Frau Schavan Wirklichkeit wird, dann wird dieses Land weder familien- noch kinderfreundlich.

Oder hat sie die Forderung etwa nur deshalb erhoben, weil sie genau weiß, dass dazu eine Verfassungsänderung notwendig wäre, die nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag beschlossen werden kann? Wollte sie etwa nur die allgemeine öffentliche Stimmung anheizen?

Dies wäre allerdings im Interesse der Kinder und Familien noch schlimmer.

Rainer Dahlem

Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg